

20.09.2023 – 10:44 Uhr

Caritas kritisiert IZA-Strategie des Bundesrates / Schweiz darf die Hilfe für die ärmsten Länder nicht vernachlässigen



Luzern (ots) -

Angesichts der aktuellen globalen Krisen muss die Schweiz mehr Mittel für die weltweite Armutsbekämpfung einsetzen. Caritas Schweiz kritisiert, dass der Bundesrat in der Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit 2025-28 einen historisch tiefen Finanzrahmen vorsieht. Dies trifft vor allem Menschen in den ärmsten Ländern.

Krieg in der Ukraine und anderen Regionen, Klimakrise, weltweite Inflation: Von der gravierenden Mehrfachkrise sind die Menschen im Globalen Süden besonders stark betroffen. Nachdem die extreme Armut weltweit über Jahrzehnte reduziert werden konnte, stieg sie mit der COVID-Pandemie wieder an. Obwohl der Bundesrat den Bedarf anerkennt, verzichtet er in seiner Strategie auf einen Ausbau bei der Internationalen Zusammenarbeit (IZA). Im Vergleich zum Bruttonationaleinkommen soll der Beitrag sogar sinken, und zwar auf einen historischen Tiefstand von 0,36 Prozent.

Caritas Schweiz fordert im Rahmen der Vernehmlassung, dass die Schweiz sich auch um die globale Sicherheit bemühen und das IZA-Budget sukzessiv erhöhen soll. Das Ziel muss aus Sicht der Caritas ein Anteil von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit sein. Dies entspricht der internationalen Zielvorgabe, zu der sich der Bundesrat gegenüber der internationalen Gemeinschaft bekannt hat.

Besonders stossend ist, dass die berechnete und notwendige Hilfe für die Ukraine auf Kosten der ärmeren Länder gehen soll. "Als eine der stärksten Volkswirtschaften weltweit kann und muss die Schweiz sich solidarisch zeigen mit der Bevölkerung in der Ukraine, ohne dabei ihre Verantwortung und ihre internationalen Verpflichtungen zur Unterstützung der Menschen in den ärmsten Ländern im Globalen Süden zu vernachlässigen", sagt Peter Lack, Direktor von Caritas Schweiz. Gefordert ist daher eine ausserordentliche Finanzierung der Ukrainehilfe.

Bei der regionalen Ausgestaltung der Internationalen Zusammenarbeit ist aus Sicht von Caritas Schweiz eine Priorisierung auf die am wenigsten entwickelten Länder vorzuziehen. Die IZA darf zudem nicht für eine Abwehr von Migration instrumentalisiert werden. Die Caritas kritisiert ausserdem, dass der Bund für die internationale Klimafinanzierung das Budget der IZA belastet. Auch hier sind die internationalen Verpflichtungen klar: Die Klimafinanzierung muss aus zusätzlichen Quellen stammen. Sie darf den Beitrag der Schweiz zur Bekämpfung der weltweiten Armut nicht schwächen.

Pressekontakt:

Medianfragen an Niels Jost Mitarbeiter Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, E-Mail: medien@caritas.ch, Tel.: 041 419 23 80

Link auf Vernehmlassung: <https://www.caritas.ch/de/statements-und-vernehmlassungen>

Hinweis:

Im Rahmen einer öffentlichen Vernissage des "Almanach Entwicklungspolitik 2024" diskutieren am 21. September in Bern

Nationalrätin Christine Badertscher, der Journalist Markus Mugglin und Christian Frutiger, Vizedirektor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), die Schwerpunkte und den Finanzrahmen für die Schweizer Entwicklungspolitik der kommenden Jahre. Weitere Informationen: www.caritas.ch/de/vernissage-almanach-entwicklungspolitik-2023

Medieninhalte



Caritas Schweiz kritisiert, dass der Bundesrat in der Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit 2025-28 einen historisch tiefen Finanzrahmen vorsieht. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100000088 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000088/100911512> abgerufen werden.